

Frankfurt, 16. Juli 2014

PRESSEKONFERENZ

**Uwe Fröhlich,
Präsident des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken
2013**

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 20 21-13 00
Telefax: (030) 20 21-19 05

Internet: www.bvr.de
E-Mail: presse@bvr.de

Sehr geehrte Damen und Herren, gern sind meine Vorstandskollegen Gerhard Hofmann, Dr. Andreas Martin und ich wieder an den Frankfurter Finanzplatz gekommen, um Ihnen – heute in den Räumen der Frankfurter Volksbank – die Zahlen des **Konsolidierten Jahresabschlusses 2013** der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vorzustellen: Das konsolidierte Ergebnis vor Steuern von 9,6 Milliarden Euro zeigt die ausgesprochen solide Verfassung der genossenschaftlichen FinanzGruppe, die ihr Vorjahresergebnis um 241 Millionen Euro steigerte. Erwirtschaftet haben dies alles die 191.243 Mitarbeiter in 1.078 Primärbanken, der DZ BANK, der WGZ BANK und der zentralen Produktspezialisten: also der drei Hypothekenbanken DG HYP, WL BANK und Münchener Hypothekenbank sowie der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der R+V Versicherung, der Union, der VR-LEASING, der TeamBank und der DZ PRIVATBANK. 17,7 Millionen Mitglieder zählen die Kreditgenossenschaften inzwischen insgesamt – dies konnten wir Ihnen bereits im März berichten. 364.000 Menschen mehr als im Jahr zuvor. Das Kundenkreditgeschäft wuchs im Geschäftsjahr 2013 um 2,5 Prozent auf 648 Milliarden Euro. Auch die Kundeneinlagen legten weiter auf 693 Milliarden Euro zu – ein Plus von 4,3 Prozent.

Die genossenschaftliche Organisation ist eine Organisation im Aufbruch. Für die Genossenschaftsbanken, die mit ihren 13.056 Bankstellen und 3.436 SB-Zweigstellen eines der dichtesten Bankservicenetze in Deutschland betreiben, bietet sich eine hervorragende Chance im Wettbewerb durch eine intelligente Verbindung der persönlichen Kundenbeziehung in der Filiale mit dem Onlinebankingangebot. Daher investieren wir gezielt in die Internetstrategie unserer Gruppe, um den Banken hier zukunftsweisende Lösungen zur Verfügung zu stellen. Die FinanzGruppe widmet sich darüber hinaus intensiv dem Thema genossenschaftliche Beratung. Neben der Implementierung der zahlreichen neuen regulatorischen Anforderungen und Verbraucherschutzbestimmungen in einem einheitlichen IT-gestützten Beratungsprozess geht es hier darum, die Beratungsqualität und das Leistungsangebot mit bundesweit hohen Qualitätsstandards weiter zu verbessern. Als **moderne Beraterbanken** wollen wir in einem hart umkämpften Bankenmarkt der Allfinanzdienstleister mit der höchsten Kundenzufriedenheit sein und langfristig erfolgreich bleiben. Das Potential dafür haben wir, die Grundlagen sind geschaffen.

Ein Beleg für die Zukunftsfähigkeit der genossenschaftlichen FinanzGruppe und übrigens auch für deren nachhaltiges Wirtschaften ist das **Eigenkapital** der Gruppe: Das erhöhte sich in 2013 deutlich von 72,2 Milliarden Euro auf 79,4 Milliarden Euro. Damit sind wir nicht nur eine der ertragsstärkeren, sondern auch eine der am besten kapitalisierten Bankengruppen Europas.

Meine Damen und Herren, die genossenschaftliche FinanzGruppe bekennt sich in ihrer Gesamtheit klar zu einem gemeinsamen Europa. Heute beraten die europäischen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) ja unter anderem über einen neuen EU-Ratspräsidenten und einen Eurogruppenvorsitzenden. Der BVR zeigt ein großes Engagement auf europäischer Ebene. Schon längst ist, wer Bankgeschäft betreibt, in ganz Europa unterwegs, das gilt erst recht für die europäisch sehr gut vernetzten Genossenschaftsbanken. Mein Vorstandskollege Gerhard Hofmann zum Beispiel ist als Vizepräsident der European Association of Co-operative Banks (EACB) und auch als Vorsitzender des European Banking Industry Committee (EBIC), also des Ausschusses der Europäischen Kreditwirtschaft in Brüssel, stark und sehr engagiert in europäische Funktionen unserer Branche eingebunden. Wir alle – wir drei als Vorstände des BVR, aber natürlich auch viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sind häufig auf europäischer Ebene unterwegs, um die Struktur und Funktionsweise des genossenschaftlichen Bankmodells in seiner deutschen, durch die funktionierende Sicherungseinrichtung sehr stabilen Ausprägung auch in anderen Ländern populär zu machen. Ich habe in dieser Sache zum Beispiel vor einigen Wochen auf einer Konferenz der Cajas Rurales in Madrid eine sehr spannende Diskussion mit spanischen Genossenschaftsbanken, der dortigen Bankenaufsicht, der Zentralbank und Medienvertretern geführt, die interessiert daran waren, die Struktur und Funktionsweise des deutschen Genossenschaftsmodells mit seiner Institutssicherung näher kennen zu lernen.

Europa ist ein Garant für Frieden und Wachstum. Wie wenig selbstverständlich dies ist, hat uns der Ukraine-Konflikt beunruhigend vor Augen geführt. Gleichzeitig ist es durch den Binnenmarkt für die Regionen einfacher geworden, kulturelle und wirtschaftliche Stärken zur Geltung zu bringen. Für die Volksbanken und Raiffeisenbanken, die dicht bei ihren Mitgliedern und Kunden aktiv sind, ist dies von entscheidender Bedeutung. Sie sehen, Wirtschaft ist nur eine Dimension des europäischen Projektes. Dennoch dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass Europa und der Euro als gemeinsame Währung ohne eine starke Wirtschaft keine langfristige Perspektive haben. Erfreulich ist, dass die Wirtschaft im Euroraum das Krisental allmählich verlässt. Es ist noch zu früh, um Entwarnung zu geben. Die Gerüchte über eine mögliche Schieflage einer großen portugiesischen Geschäftsbank, die sich glücklicherweise so nicht bestätigten, haben uns dies in der vergangenen Woche plastisch vor Augen geführt. Doch werden wohl in diesem Jahr alle Länder des Euroraums mit Ausnahme Zyperns wieder ein positives Wachstum erreichen, das sich im kommenden Jahr festigen dürfte. Hierzu hat die Vielzahl von Reformen in den von der Krise am schwersten getroffenen Ländern beigetragen.

Einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Krise hat die **Europäische Zentralbank (EZB)** geleistet. Sie hat frühzeitig die Zinsen gesenkt und mit zahlreichen unkonventionellen

Maßnahmen die Finanzierungsbedingungen erleichtert. Das war grundsätzlich richtig so. Auf die im Juni beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen hätte die EZB allerdings besser verzichtet. Mit ihrer Liquiditätsversorgung praktisch zum Nulltarif hat die Geldpolitik bereits angemessen reagiert. Die Wirksamkeit weiterer Lockerungsschritte ist zweifelhaft: Weder die im Juni beschlossene Leitzinssenkung, noch der negative Einlagenzins oder die neuen Langfristrefinanzierungsgeschäfte – die targeted longer-term refinancing operations (TLTROs) – werden den geschwächten Volkswirtschaften im Euroraum wesentliche neue Impulse geben. Die Inflation ist niedrig, aber positiv. Von der Preisentwicklung her lassen sich die niedrigen Zinsen daher noch rechtfertigen. Allerdings sind niedrige Zinsen mit hohen Kosten verbunden. Nicht nur aus der Perspektive der Sparer, deren Zinserträge oft nicht ausreichen, um den Kaufkraftverlust durch die Inflation auszugleichen. Dauerhaft niedrige Zinsen führen auch zu einer erheblichen Fehllenkung von Mitteln in Investitionen, die sich bei normalen Zinsen nicht rechnen würden. Eine Blasenbildung der Aktien- oder Immobilienmärkte sehe ich in Deutschland aber noch nicht. Die Höchststände auf dem Aktienmarkt und die niedrigen Renditen auf den Anleihemärkten sind jedoch maßgeblich durch das Niedrigzinsumfeld getrieben. Je länger die Hausse dauert, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit von Kurskorrekturen.

Meine Damen und Herren, die Krise der vergangenen Jahre hat zu der am weitest reichenden Reform der Euroregeln seit dem Vertrag von Maastricht geführt. Nach der Überarbeitung des wirtschaftspolitischen Regelwerks stehen aktuell die Arbeiten an der **europäischen Bankenunion** vor der Vollendung. Natürlich – ohne einen robusten institutionellen Rahmen kann es keinen auf Dauer stabilen Euro geben. Aber die Anreize müssen stimmen. Aus deutscher Sicht heißt das für Europa: Wir brauchen mehr soziale Marktwirtschaft und mehr Ordnungspolitik. Wir brauchen eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die die Wachstumskräfte stärkt.

Zu den zentralen Grundsätzen der Ordnungspolitik zählt das Haftungsprinzip. Wer die Freiheit hat, wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen, sollte auch für die Folgen haften müssen. Im Rahmen der Bankenunion wird dieses Prinzip durch den gemeinsamen **EU-Abwicklungsfonds** im Rahmen des Mechanismus zur Restrukturierung und Abwicklung von Banken (SRM) konterkariert und erstmals eine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken auf europäischer Ebene eingeführt. Finanzieren sollen den Fonds nämlich auch kleine und mittlere Regionalbanken, die selbst im Ernstfall keine Gelder aus dem Fonds erhalten. Sie würden ohnehin abgewickelt oder – in unserem Fall – von einer Institutssicherung aufgefangen. Ordnungspolitisch ist also der derzeit diskutierte Vorschlag zur Finanzierung des europäischen Abwicklungsfonds eine glatte Fehlleistung.

Dieser Fehler muss nun zumindest über das von der Kommission zu erarbeitende Regelwerk für die detaillierte Beitragsbemessung korrigiert werden. Die Kommission hat dazu einige rudimentäre Eckdaten zur Konsultation gestellt, die am 14. Juli 2014 zu Ende gegangen ist. Keinesfalls darf es dazu kommen, dass weniger große Banken für die Risikogeschäfte europäischer Großbanken einstehen müssen. Wir fordern daher mit Nachdruck für alle Banken einen Freibetrag von 500 Millionen Euro auf die Bemessungsgrundlage beziehungsweise eine faire Beitragsstaffelung, die für eine echte Entlastung kleinerer Institute mit beitragsrelevanten Verbindlichkeiten bis 500 Millionen Euro sorgt.

Ein weiterer unverzichtbarer Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft ist das Wettbewerbsprinzip: Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen sind nur gerechtfertigt, wenn ausreichend belastbare Hinweise auf ein Versagen des Marktprozesses vorliegen. In diese Kategorie fällt das unnötige europäische Sparbuch. Überbordende Regulierung ist aber auch zu verzeichnen, wenn die **Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA)** Maßnahmen vorschlägt, die faktisch auf ein Provisionsverbot hinauslaufen, obwohl sich der europäische Gesetzgeber selbst für einen Fortbestand der provisionsbasierten Anlageberatung ausgesprochen hat. Auf diese Weise wird Anlageberatung bald nur noch jenen wenigen Kunden möglich sein, die sich eine Honorarberatung leisten können.

Meine Damen und Herren, ein drittes Kernprinzip in der Europäischen Union ist die Subsidiarität: Nur Maßnahmen, deren Ziele auf EU-Ebene effizienter als in den Mitgliedsstaaten verwirklicht werden können, dürfen auch auf europäischer Ebene geregelt werden. In diesem Sinne hätten wir es gern gesehen, wenn sich die **europäische Bankenaufsicht** auf die Beaufsichtigung der systemrelevanten, grenzüberschreitend in der Union tätigen Institute beschränkt hätte. Stattdessen hat man sich bekanntermaßen dafür entschieden, auch die übrigen Institute unter eine zumindest mittelbare Aufsicht zu stellen. Nun muss es darum gehen, kleinere Institute soweit wie möglich zu entlasten. Die Deutsche Kreditwirtschaft hat sich für eine verursachergerechte und verhältnismäßige Belastung der Institute ausgesprochen. Das bedeutet für uns als BVR auch, dass wir es nicht für angemessen halten, jedes noch so kleine Institut für die Finanzierung der mittelbaren Beaufsichtigung durch die EZB heranzuziehen. Auf jeden Fall muss für die nicht signifikanten Institute eine deutliche Reduzierung der Gebührenkomponenten eingeführt werden. So viel zur Ordnungspolitik, meine Damen und Herren, von der ich Europa oft ein wenig mehr wünsche, damit die wirtschaftlichen Stärken Europas wieder besser zu Geltung kommen. Nun wird Ihnen mein Vorstandskollege, Herr Dr. Martin, aber erst einmal den konsolidierten Jahresabschluss unserer Gruppe ein wenig näher vorstellen.